



Cybercrime: Die Bekämpfung der Internetkriminalität ist eine besondere Herausforderung für die Europäische Union.

Cyber-Angriffe, Terror, Migration

Expertinnen und Experten erörtern bei der ACIPSS-Tagung „Sicherheit in Österreich und Europa“, welchen Bedrohungen Österreich und die EU ausgesetzt sind und was dagegen getan werden sollte.

Das *Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS)* veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich für Risiko- und Sicherheitsmanagement an der Fachhochschule Campus Wien und dem *Verband der akademischen Sicherheitsberater Österreichs (VASBÖ)* am 8. Februar 2019 in der FH Wien die Arbeitstagung zum Thema „Sicherheit in Österreich und Europa“. Es referierten Experten aus dem Innenministerium, der FH Campus Wien, von *European Commons*, vom *Institut für Sicherheitspolitik* in Kiel und von *MRV Research* Wien.

Innere Sicherheit. „Die Spaltung der Union spiegelt das Ringen um die zukünftige politische Ordnung wider“, sagte Ministerialrat Kurt Hager, BA MA, Leiter der Abteilung I/11 (Sicherheitspolitik) im Innenministerium. Ha-

ger informierte über Erkenntnisse, die Österreich aus der EU-Ratspräsidentschaft erlangt hat, sowie über aktuelle Herausforderungen, denen sich Österreich und die EU stellen müssen. Mit Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 und dem Kriegsausbruch zwischen Russland und der Ukraine 2014 seien der Strategie der EU, eine friedliche und aufstrebende östliche und südliche Nachbarschaft zu schaffen, die Grundlagen entzogen worden. Das Chaos rund um die Europäische Union sei zudem durch das Abdriften der Türkei in eine „autoritäre Einmannherrschaft“ sowie durch fehlende politische, wirtschaftliche und soziale Fortschritte auf dem Westbalkan verschärft worden. „China und Russland versuchen zunehmend die Union zu spalten“, betonte Hager. US-Präsident Donald Trump habe sich vom Konzept einer „Westlichen Wertegemeinschaft“ abgewendet. „Man

kann festhalten, dass die Europäische Union 2019 zerrissener, zerbrechlicher und verletzlicher ist, als sie es unmittelbar nach der Ratspräsidentschaft Österreichs 2006 gewesen ist“, sagte Hager.

Europa und Österreich sehen sich heute mit einer Vielzahl an Bedrohungen konfrontiert. Diese reichen von der Gefahr eines Krieges aufgrund sich zuspitzender geopolitischer Auseinandersetzungen bis hin zu den Folgen des Klimawandels. „Aus meiner Sicht stellen drei Bedrohungen die EU vor besondere Herausforderungen: Cyber-Angriffe, der islamistische Terror und die Migration“, sagte Hager. Der Irakkrieg der USA, der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, der „Arabische Frühling“ und die Militärintervention des Westens in Libyen hätten die Region nachhaltig destabilisiert. Es seien „Training Grounds“ und „Save Havens“ für islamistische Terroristen geschaffen

worden. Durch die Migrationskrise seien zudem islamistische Terroristen als Asylwerber nach Europa eingeschleust worden. „Ein Ende dieser Bedrohung ist nicht erkennbar. Europa muss lernen, mit dem islamistischen Terror noch lange Zeit zu leben“, sagte Hager.

Auch die Migration sei eine „ernsthafte Bedrohung für Europa, Österreich und deren Gesellschaft“. Konkrete Gefahren stellten beispielsweise eingeschleuste Terroristen, die steigende Ausländerkriminalität und die negativen Folgen für das Sozialsystem dar. Die Massmigration könne von Staaten als Waffe eingesetzt werden. „Zusammenfassend kann man festhalten, dass die EU mehrfach fragmentiert und derzeit kaum sicherheits- und außenpolitisch handlungsfähig ist“, sagte Hager.

Maritime Sicherheit. Jeremy Stöhs vom *Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK)* erörterte das Thema maritime Sicherheit und widmete sich der Frage, ob es sich bei diesem Sicherheitsthema womöglich um „Europas blinden Fleck“ handeln könnte. Maritime Sicherheitspolitik habe in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Die Abteilung für Maritime Strategie und Sicherheit des ISPK, der Stöhs angehört, befasst sich vornehmlich mit der Frage, welche Rolle die Seestreitkräfte in den internationalen Beziehungen einnehmen. „Von der Arktis über den Nordatlantik, bis hin zum Mittelmeer und dem Schwarzen Meer, tun sich neue und vor allem sicherheitsrelevante Herausforderungen auf; insbesondere durch das Schmelzen der Polarkappen“, sagte Stöhs. Da das Eis zurückgehe, nehme der Schiffsverkehr in der Arktis drastisch zu. Darin sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine sicherheitsrelevante Komponente zu sehen. Es erfolge eine Ausbeutung der dortigen Ressourcen. Die Anrainer der Arktis würden ihre Interessen durchsetzen wollen. Auch China die USA und Russland verfolgten Interessen in der Arktis. Die Oberhoheit der Russen über die Arktis werde von den Amerikanern mit wenig Wohlwollen und kritisch gesehen. Russland könne seit dem Jahr 2000 wieder mehr Geld in die Rüstung investieren. Ein wesentlicher Aspekt dabei sei die nukleare Abschreckung. Aus diesem Grund würden von Russland neben einer Stationierung von Atom-U-Booten in der Pazifikflotte hauptsächlich innerhalb der Nordsee-

flotte Atom-U-Boote stationiert, die auf ständiger Patrouille im arktischen Eis unterwegs seien. „Wenn man den Amerikaner glaubt, findet bereits jetzt eine Schlacht im Atlantik statt. Ich teile diese Meinung jedoch nicht“, sagte Stöhs.

Auch der Ostseeraum bietet breites strategisches Konfliktpotenzial. „Es gibt kaum ein weiteres Gebiet in Europa, das so hoch militarisiert ist, wie die Ostsee. Da reibt es sich“, sagte Stöhs. Der Ostseeraum sei bedeutend für den Seehandel. Die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt sei der Nord-Ostsee-Kanal. Auch für Russland sei diese Schifffahrtsstraße von immenser Bedeutung. Der Ostseeraum sei vor mehr als 30 Jahren bereits einer der „Hotspots“ des Kalten Krieges gewesen und sei heute wieder eines der spannungsgeladesten Gebiete der Welt. Das liege daran, dass NATO-Staaten direkt an Russland grenzen, wie die baltischen Staaten. Besondere sicherheitspolitische Bedeutung nehme dabei die russische Exklave Kaliningrad-Oblast zwischen den neuen NATO- und EU-Ländern Litauen und Polen ein. Die Lage gelte als äußerst heikel. „Es gibt wohl keinen anderen Ort auf der Welt, wo sich die NATO und Russland mit so viel Militärgerät auf so engem Raum gegenüberstehen“, betonte Stöhs. 99 Prozent der Internetkommunikation laufe über Unterseekabel, nicht über Welttraumnetze. Satelliten und drahtlose Netze spielten bei der weltweiten Datenübertragung eine geringe Rolle. Die Daten der Menschen würden auf Servern an Land lagern, die mit dicken Kabeln verbunden seien, nicht in einer virtuellen „Cloud“. Australien und Neuseeland seien beispielsweise mit Südostasien über ein Untersee-Glasfaserkabel verbunden, das allein in der Lage ist, ungefähr 20 Millionen Telefonanrufe parallel zu übertragen. Das macht die Infrastruktur für die Kommunikation und den Datenaustausch verletzlich. Mit wenig Aufwand könnte man mit dem Durchtrennen wesentlicher Kabelstränge die Bevölkerung eines Landes vom Internet abschneiden. Ebenso könnte ein weltweiter Kollaps verursacht werden. Nicht nur durch menschliche Hand, auch durch Naturkatastrophen sei die Infrastruktur in den Ozeanen gefährdet. In der früheren Geschichte habe es mehrere Vorfälle gegeben, in denen es zu gewaltigen Ausfällen in der Kommunikation gekommen sei. Beispielsweise 2006 seien durch ein Seebeben vor Tai-



28. ACIPSS-Arbeitstagung: ACIPSS-Vorstand Paul Schlieffsteiner, Referenten Bernd Seyringer, Kurt Hager, Jeremy Stöhs, Verena Ringler und Thomas Goiser.

wan mehrere Kabel zerstört worden. 120 Millionen Telefonanschlüsse in Ostasien seien ausgefallen. Die Banken und Börsen seien vom internationalen Handel abgeschnitten worden. Zeitweilig habe der Devisenhandel weltweit ausgesetzt werden müssen. Maritime Sicherheit spiele laut Stöhs für Europa eine wesentliche Rolle, auch wenn Österreich seit rund 100 Jahren keine eigene Marine mehr besitze. „Auch Länder ohne Seestreitkräfte können einen wesentlichen Beitrag zur maritimen Sicherheit Europas leisten, sagte Stöhs. Er erwähnte in diesem Zusammenhang eine NATO-Übung im Mai 2017. Soldaten des österreichischen Jagdkommandos übten *am Maritime Interdiction Training Centre* der NATO auf Kreta, wie man verdächtige Schiffe durchsucht und unter Kontrolle bringt. Mit „Boarding Teams“ beteiligte sich eine Einheit des Jagdkommandos bei der EU-Operation „Sophia“ im Mittelmeer.

Dialog- und Kooperationsprojekte.

Verena Ringler von *European Commons* erörterte die Zukunft der Europäischen Union anhand der einleitenden Frage: „So viel Politik wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig?“ Die gebürtige Tirolerin gründete 2005 die Projektboutique *European Commons*. Sie entwickelt und realisiert Dialog- und Kooperationsprojekte mit Entscheiderinnen und Entscheidern hinsichtlich europäischer Zukunftsfragen. Von 2006 bis 2009 arbeitete Ringler in einem diplomatischen Team der EU im Kosovo. Zuletzt baute sie das Europacluster der

deutschen Stiftung Mercator auf und aus. Sie brachte dabei Politikerinnen und Politiker, Jugendliche und Akteure der Zivilgesellschaft in die Begegnung oder den Dialog, um Europas Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit zu stärken.

„Das Gelingen des europäischen Projekts wird letztlich vom Faktor Mensch abhängig sein“, sagte Ringler. In diesem Zusammenhang stellte sie den „EU Coalition Explorer“ vor. Diese Studie des Berliner Büros des *European Council on Foreign Relations (ECFR)* gibt Einblicke zur Zusammenarbeit der Regierungen und Bürokratien der EU-Mitgliedstaaten, indem sie erstmals das informelle Beziehungsnetz zwischen den Staaten sichtbar macht. Auf Grundlage einer europaweiten, regelmäßigen Befragung von Entscheidern und Entscheidungsvorbereitern sowie Expertinnen und Experten in den Hauptstädten der EU veranschaulicht der „Explorer“ die Interaktionsdichte zwischen den EU-Staaten. Sowohl Anzahl als auch Vielfalt der Allianzen innerhalb der EU-Staaten lassen sich analysieren. Des Weiteren veranschaulicht dieser Datenatlas den wahrgenommenen Stellenwert anderer Mitgliedstaaten, wie auch die jeweiligen Vorlieben und Erwartungen an die Zusammenarbeit in der Europäischen Union. „Man bekommt einen gruppenspezifischen Eindruck der Interaktionen zwischen den EU-Ländern. Wer informell gut vernetzt und angesehen ist, kann erfolgreicher Initiativen entwickeln und Partner gewinnen“, erklärte Ringler.

Der Datenatlas liefert unter anderem Hintergründe und Zusammenhänge zum Zustand der EU an sich, zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion, zum Rechtspopulismus, der Energiepolitik, der Asyl- und Migrationspolitik sowie der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei werden die Themen kompakt und gut verständlich durch Übersichten und Grafiken aufbereitet. Die Ergebnisse stehen Regierungen und Forschungseinrichtungen sowie der Öffentlichkeit online auf der Website des „ECFR“ zur Verfügung. „Die größten Enttäuschungen im jüngsten „Coalition Explorer“ waren Ungarn, Großbritannien und Polen. Auch Österreich wurde von den anderen EU-Mitgliedstaaten nicht optimal wahrgenommen“, sagte Ringler. Der Studienautor und deutsche Politologe Josef Janning erklärte das schlechte Abschneiden Österreichs damit, dass sich die anderen EU-Staaten von Österreich mehr regionale Prägekraft in Richtung Balkan sowie Zentral- und Osteuropa in den letzten 15 Jahren erwartet hätten.

Ringler empfahl, sich dem Thema Europäische Union vorurteilsfrei und mit frischem Blick zu nähern. „Genauso wie alle anderen Themenfelder, Regionen oder Sachlagen, verdient die Europapolitik eine faire Beurteilung“, sagte Ringler. Sie verwies dabei auf die vier Felder von SWOT-Analysen. Es handelt sich dabei um jenes Managementinstrument, das übersichtliche Gesamtbilder eines Ist-Zustandes durch die Identifikation der Stärken, Schwächen, Chancen und Bedrohungen hervorbringt. Ringler betonte, sämtliche Dynamiken rund um die EU seien von mindestens genauso vielen „Strengths“ und „Opportunities“ geprägt, wie von „Weaknesses“ und „Threats“. Die Expertin empfahl Regierungen und Entscheidern, die „Antennen“ auszufahren, um Risiko- und Gefahrenbilder durch Chancenträger und etwa stabilisierende oder gestaltende Trends zu ergänzen. Es gelte, in diesem Europawahl-Jahr und mit Blick auf die Neubesetzung der EU-Spitzenposten auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich ambitionierte Folgenabschätzungen und strategische Vorausschau zu betreiben. „Die Frage ist etwa mit Blick auf die Digitalisierung und hybride Bedrohungen von außen, ob EU-Staaten ihre Listen kritischer Infrastruktur in der Zukunft um immaterielle Aspekte erweitern sollten. Das könnten Rechtsrahmen und Regelwerke sein“, erläuterte Ringler.



Private Sicherheitsunternehmen: „Es ist wichtig, im Bereich der kritischen Infrastruktur besonders geschultes Sicherheitspersonal einzusetzen.“

In modernen Konfliktszenarien setzen die Angreifer auf eine Kombination aus klassischen Militäreinsätzen, wirtschaftlichem Druck und Cyber-Attacken bis hin zu Propaganda in den Medien und sozialen Netzwerken. Dieses Vorgehen wird auch als „hybride Taktik“ oder „hybride Kriegsführung“ bezeichnet.

Ausbildungs- und Qualitätsstandards. Thomas Goiser von der FH Campus Wien stellte das KIRAS-Projekt *AQUS* vor. *AQUS* steht für *Ausbildungs- und Qualitätsstandards für Sicherheitsdienstleisterinnen und Sicherheitsdienstleister*. „Die Resilienz von Organisationen und Unternehmen der kritischen Infrastruktur hat für die Sicherheit von modernen Gesellschaften eine grundlegende Bedeutung“, betonte Goiser. Auf europäischer und österreichischer Ebene seien Masterpläne entwickelt worden, in denen beschrieben werde, dass es Unternehmen und Organisationen der kritischen Infrastruktur obliegt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, wie beispielsweise den Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz, für die eigene Sicherheit zu sorgen (*Public Private Partnership*).

Um die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft verstärkt fördern zu können, sei die Definition von Ausbildungs- und Qualitätsstandards nützlich und notwendig, sagte Goiser. Derzeit gebe es in Österreich im Bereich der privaten Sicherheitsdienstleister keine einheitlichen Ausbildungsstandards.

Qualitätskriterien zur Zertifizierung von Sicherheitsdienstleistern seien aus Branchensicht nicht systematisch vorhanden. Goiser wies darauf hin, dass es wichtig sei, im Bereich der kritischen Infrastruktur besonders geschultes Sicherheitspersonal einzusetzen, wie jüngste Vorfälle gezeigt hätten. Nach der tödlichen Messerattacke im Februar 2019 in Dornbirn, bei der der Leiter des Sozialamtes der Bezirkshauptmannschaft getötet wurde, seien verstärkte Überwachung und Evaluierung bestehender Sicherheitsmaßnahmen wichtige Themen geworden.

„Der falsche Weg wäre es, jetzt reflexartig und massenhaft Bewachungspersonal zu rekrutieren und so für ein falsches Sicherheitsgefühl zu sorgen“, sagte Ursula Woditschka vom Fachbereich Gebäudemanagement der Gewerkschaft „vida“. „Die Beschäftigten werden oft im Schnellverfahren gecastet, bekommen eine Turbo-Einschulung und werden dann eingesetzt. Nur ein Sicherheitsdienstleistungsgesetz mit klaren Regeln, sowohl zum Schutz der Beschäftigten, als auch für jene, die sie beschützen sollen, kann hier Abhilfe schaffen.“ Im Zuge des Projekts erfolgte eine anonyme Online-Umfrage. Die Anfrage wurde an Kontakte aus dem Bereich der kritischen Infrastruktur gerichtet, die beim BVT evident sind. 71 Kontakte füllten die Umfrage komplett aus. Sämtliche Sektoren kritischer Infrastruktur in Österreich konnten damit abgedeckt werden. Aus der Umfrage lässt sich ableiten, dass der Bedarf an Sicherheitsdienstleistungen in Zukunft weiter



Polizeieinsatz bei der Flüchtlingswelle 2015: Migration wird von Experten als eine der Bedrohungen für die Europäische Union bezeichnet.

ansteigen wird. Die Bedrohungsbilder umfassen Wirtschafts- und Industriespionage, Sabotage, durch Extremismus motivierte Gewalt usw. Nahezu alle Befragten sprachen sich für eine verpflichtende Ausbildung für Beschäftigte im Sicherheitsgewerbe aus. Aus dem Projekt „AQUUS“ resultieren 18 Empfehlungen, die ausgearbeitet und beschrieben wurden. Information zum Berufseinstieg verbessern, Überprüfung der Zuverlässigkeit neu ordnen, verpflichtende einheitliche Ausbildung für neue Unternehmer einführen, verpflichtende Grundausbildung für alle Beschäftigte einführen und Spezialkompetenzen für kritische Infrastruktur schulen, sind einige dieser Empfehlungen.

„Neue Seidenstraße“. Der Politikanalyst und Gründer von „MRV-Research“, Bernhard Seyringer, analysierte unter anderem Chinas „Neue Seidenstraße“ und die daraus erwachsenden Folgen für Europa und anderen Teile der Welt. Es handelt sich hierbei um ein weltumspannendes Netz, bestehend aus Pipelines, Häfen, Schienen und Straßen. Durch dieses Projekt würden neue Fakten und Perspektiven geschaffen. Bereits bestehende und gewachsene Wirtschaftsräume würden bedroht, arme Länder könnten zum Instrument Chinas werden, wenn diese in der Schuldenfalle versinken. Die „Belt and Road Initiative“, besser bekannt unter dem Namen „Neue Seidenstraße“, ist ein gewaltiges chinesisches Vorhaben. Zwei Handelswege entstehen, um China besser mit anderen Ländern verbinden zu können – einmal über Land und einmal auf dem Seeweg. Die unterschiedlichen Routen sollen dabei durch mehr als 60 Länder

in Asien, Europa und Afrika führen. Ungefähr 1.000 Milliarden US-Dollar sollen in den Bau von Straßen, Häfen und Kraftwerken gesteckt werden.

Das Projekt wird größtenteils über speziell dafür eingerichtete Seidenstraßen-Fonds der chinesischen Regierung und durch die asiatische *Infrastruktur-Investmentbank (AIIB)* finanziert, die 2014 auf Initiative Chinas gegründet wurde und aktuell 61 Mitgliedsländer zählt. Neue Handelswege, der Ausbau der Infrastruktur in unterentwickelten Ländern, gesicherte Finanzierung: Diese Punkte propagierten die Verantwortlichen in China. Sie betonen, dass alle Beteiligten an diesem Projekt Gewinner sein würden. In Europa werde bemängelt, dass europäische Firmen bei den Aufträgen für den Infrastrukturbau kaum zum Zuge kämen.

China knüpfe seine Kreditzusagen häufig an Bedingungen. Beispielsweise sollten chinesische Firmen bei Bauprojekten den Zuschlag erhalten. „Diese Firmen sollen dann auch Chinesen beschäftigen und, soweit möglich, chinesische Komponenten und Rohstoffe einkaufen“, sagt Thomas Eder vom Berliner *Mercator Institute for China Studies (Merics)*. Ärmere Länder könnten durch Überschuldung in die Abhängigkeit getrieben werden. Besonders gefährdet wären demnach in Asien Pakistan, Tadschikistan, Kirgisistan, die Mongolei, Laos und die Malediven; in Europa Montenegro und in Afrika Dschibuti. Diese These wird von der amerikanischen Denkfabrik *Center for Global Development* in einer Studie bestärkt.

Chinesische Investitionen sind in vielen Ländern erwünscht, weil sie wirtschaftlichen Aufschwung versprechen.

Zudem knüpfen die Chinesen an die Investitionen keine politischen Auflagen. Laut einer Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)* geht es China bei der „Neuen Seidenstraße“ nicht nur um Wirtschaft und Handel, sondern auch um politischen Einfluss. Laut der Studie wäre Europa gut beraten, eine eigene strategische Vision zu entwickeln, um damit sinnvoll auf das Großprojekt reagieren zu können. „Im Moment spricht Brüssel nicht mit einer Stimme und hat auch keine strategische Antwort darauf“, heißt es in der Studie.

„Betrachtet man den innerchinesischen Dialog zu diesem Thema, dann wird man wenig von dieser sogenannten Seidenstraßenromantik lesen. Es geht relativ deutlich um eine Strategie eines postamerikanischen Zeitalters, um eine Strategie, der chinesischen Bevölkerung endlich den Platz in der Welt zu geben, den sie verdient hat. Es geht auch darum strategische Entwicklungen voranzutreiben, die die liberale Weltordnung letztendlich in Frage stellt, erläuterte Seyringer.“

Das Bewusstsein dafür, dass gerade ein staatlich geführter Angriff auf Europa laufe, sei „im Großen und Ganzen noch sehr begrenzt“, sagte China-Experte Frans-Paul van der Putten vom niederländischen „Clingendael Institute“. „Regierungen sehen die größeren Linien, aber bislang sind sie weit weniger in der Lage, die Auswirkungen von Belt and Road zu verstehen, geschweige denn, darauf zu reagieren.“

Laut den Ausführungen der Referenten bei der ACIPSS-Arbeitstagung zeigte sich, dass Europa durch die gravierende Veränderungen im Bereich der politischen Sicherheitslage, durch Migration, Terror, Globalisierung und viele weitere Bedrohungen, verletzlich geworden sei. Mehr denn je sollte in politischen Diskursen deshalb auf Polemik verzichtet und gemeinsam, als Allianz, gegen diese Bedrohungen vorgegangen werden.

ACIPSS ist ein an die Karl-Franzens-Universität Graz angelehntes, international ausgerichtetes Forschungs- und Kompetenzzentrum. Es befasst sich mit der Erforschung, Untersuchung und Analyse der Bereiche Intelligence, Propaganda und Sicherheit. Das Zentrum wird von der *Österreichischen Gesellschaft für Geheimdienst, Propaganda und Sicherheitsstudien (ÖGGPS)* getragen. *Gernot Burkert*